

Gesammelte Berichterstattung mit und über Bürger.Courage zum 13. Februar 2011

29.01. DNN

13. Februar

Politiker rufen zu Mahnwache am 19. Februar vor der Synagoge auf
Christoph Stephan

Die Synagoge wird in die Menschenkette mit eingeschlossen. Foto:
Franziska Schmieder Dresden. Gegen den am 19. Februar geplanten
Aufmarsch tausender Neonazis in Dresden formiert sich immer mehr
Protest. Die Kreisvorsitzenden von CDU und FDP, Lars Rohwer und
Johannes Lohmeyer, riefen am Freitag gemeinsam zu einer Mahnwache vor
der Synagoge auf. "Dies ist ein starkes und wichtiges Zeichen gegen
Antisemitismus, Rassismus und Gewalt", erklärte Rohwer. "Der Schutz
der Dresdner Synagoge durch die Bürger ist ein deutliches und
unmissverständliches Zeichen, mit uns für Versöhnung, Frieden und
Weltoffenheit in unserer Stadt einzustehen", ergänzte Lohmeyer.

Seit einigen Jahren missbrauchen Rechte das Gedenken an die Zerstörung
Dresdens im Zweiten Weltkrieg und relativieren die deutsche
Verantwortung an Krieg, Holocaust und Völkermord. Nach Angaben der
Stadtverwaltung haben Neonazis für den 12. und 13. Februar so genannte
"Trauermärsche" angekündigt. Der größte werde jedoch für den
darauffolgenden Sonnabend erwartet. Deshalb plant das Bündnis
"Nazifrei! - Dresden stellt sich quer" am 19. Februar wieder
Massenblockaden.

"Aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich bis jetzt schon mehr als 140
Busse angemeldet - und ein Ende ist nicht absehbar", sagt
Bündnissprecherin Franziska Radtke. "Auch aus Dänemark, Schweden,
Frankreich, Österreich, Italien, Polen und Tschechien erwarten wir
Blockadeteilnehmer, die fest entschlossen sind, Europas größten
Naziaufmarsch zu verhindern."

Mehr als 7000 Sympathisanten würden die aktuellen Nachrichten des
Bündnisses auf Facebook verfolgen, 50.000 Plakate hängen in ganz
Deutschland, 100.000 Exemplare einer Massenzeitung und noch einmal so
viele Flyer mit dem Aufruf, nach Dresden zu kommen, wurden verteilt.

Auch Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) rief für den 19. Februar zu
friedlichen Aktionen auf. Von den Massenblockaden distanzierte sie
sich allerdings. Sie wolle sich an den Mahnwachen der Kirchen gegen
Rassismus beteiligen.

Christian Demuth von der Initiative "Bürger.Courage" fordert von Orosz
ein aktiveres Vorgehen. "Ohne das Bündnis 'Dresden stellt sich quer'
würde die Stadt dem Naziaufmarsch recht hilflos gegenüberstehen",
meint Demuth. Diese dürfe nicht hinter ihrem Anspruch von 2010, den
Rechten keine Chance zu geben, zurückfallen, nur weil der
Großaufmarsch der Nazis diesmal nicht am symbolträchtigen 13. Februar
stattfinden soll.

SäZ 29.01.

CDU und FDP wollen Synagoge vor Nazis schützen
Die Dresdner Initiative 'Bürger Courage' fordert von OB Helma Orosz (CDU) mehr Engagement gegen Neonazis. Sprecher Christian Demuth lobte zwar den Aufruf der Rathauschefin zur Menschenkette am 13. Februar. Doch Orosz müsse aktiver gegen den zweiten Aufmarsch der Rechtsextremisten am 19. Februar vorgehen: 'Eine starke und selbstbewusste Demokratie kennt keinen Terminkalender.' Das Bündnis 'Dresden nazifrei' plant für den Tag Blockadeaktionen. Orosz hatte angekündigt, sich an Gebeten und Mahnwachen vor Dresdner Kirchen zu beteiligen. Derweil riefen CDU und FDP die Dresdner dazu auf, sich am 19. Februar vor der Synagoge zu versammeln und so das Gebäude zu schützen. Das sei ein klares Zeichen für Versöhnung und Weltoffenheit, sagten die Parteichefs Lars Rohwer und Johannes Lohmeyer. (SZ/ale)

DNN 09.02.

Bürger.Courage wirft Stadt und Land Konzeptlosigkeit im Umgang mit Nazi-Demo vor

sl

Dresden. Im Umgang mit der geplanten Nazi-Demonstration am 13. Februar hat der Verein Bürger.Courage der Stadtverwaltung und der Landesregierung Konzept- und Fantasielosigkeit vorgeworfen. „Wir dachten, die politischen Führungen in Sachsen und Dresden wären weiter. Sowohl die Staatsregierung als auch die Stadtführung haben anscheinend kein Konzept zur Bekämpfung der rechtsextremen Aufmärsche in Dresden. Es droht ein großer Rückschritt gegenüber dem letzten Jahr“, sagte der Vereinsvorsitzende Christian Demuth.

Vor allem kritisierte er den Zeitpunkt der Menschenkette, die zwar die Innenstadt symbolisch vor Nazis schützen soll, allerdings in diesem Jahr noch vor Beginn des von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) angemeldeten Fackelmarsches endet. Demuth spricht von einem „Offenbarungseid der Dresdner Landes- und Stadtpolitik“, die so zulasse, dass die Nazis die Aktion in ihrem Sinne umdeuten und sich in die Menschenkette einreihen können. Die JLO ruft auf ihrer Homepage seit Tagen genau dazu auf.

Noch frappierender sei, dass der Fackelmarsch erlaubt werde, der „Mahnweg“ an Orte nationalsozialistischer Verbrechen in Dresden dagegen verboten wurde. Das Bündnis Dresden-Nazifrei plant ab 11 Uhr einen Spaziergang entlang verschiedener Tatorte. Dieser wurde vom Ordnungsamt in der geplanten Routenführung untersagt, Dresden-Nazifrei hält bislang aber an den Plänen fest.

„Wir als Bürgerinnen und Bürger Dresdens verlangen endlich ein Konzept, mit dem Stadt und Landesregierung den Nazis die Suppe ihres europaweit größten Aufmarsches versalzen können“, fordert Demuth. „Wir hören hier keine Antworten, sondern meist nur parteipolitische Spielereien.“

Wenn die Stadt und das Land endlich mal ihre Arbeit machen würden und 50.000 Menschen auf die Straße ziehen würden - wie dies etwa in Köln der Fall war - dann würde Dresden allein mit den Nazis fertig."

DNN 10.02.

„Stimmt das Herr Sittel?" - Dresdner streiten bei Podium über den richtigen Umgang mit Rechts

Stephan Lohse

Im Schauspielhaus haben am Mittwoch mehr als 500 Dresdner über Formen des Widerstands gegen Nazis gestritten. Dresden. Mehr als 550 Bürger haben am Mittwochabend im Dresdner Staatsschauspiel engagiert über den richtigen Umgang mit Rechtsextremen gestritten. Im Rahmen des „Zeit Forum Politik" hatten Dresdens Ordnungsbürgermeister Detlef Sittel (CDU), der ehemalige FDP-Bundesinnenminister Gerhard Baum, Christian Demuth, Vorsitzender von Bürger Courage und Schriftsteller Ingo Schulze lebhaft diskutiert, bevor die Dresdner selbst ihre Fragen und Anmerkungen loswerden durften und mit Kritik am fehlenden Engagement der Stadt nicht hinter dem Berg hielten.

Dabei gab es vor allem für Bürgermeister Sittel zahlreiche Kritik und Pfiffe. Der Ordnungsbürgermeister hatte vehement den Standpunkt der Stadt vertreten, die sich an Rechtsordnungen und Gerichtsurteile halten müsse. „Die Rechtsordnung, Nazis dürfen nicht demonstrieren, die gibt es leider nicht", so Sittel. Die Stadt habe alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die sie habe. Aber auch wenn er den Widerstand gegen die am 13. und 19. Februar geplanten Nazi-Aufmärsche persönlich verstehe, es gebe eine vom Bundesverfassungsgericht immer wieder bestätigte Schutzpflicht auch für die, „die man gar nicht schützen will", argumentierte der Ordnungsbürgermeister.

Kritik kam vom Bürger.Courage-Vorsitzenden Christian Demuth. Er monierte den fehlenden Konsens in der Bürgerschaft beim Kampf gegen Rechtsaußen. Die Stadt sei 2010 schon viel weiter gewesen. Im Erfolg der Blockierer hätten sich auch viele Politiker gesonnt, die jetzt wieder einen Gegensatz zwischen friedlichen Teilnehmern an der Menschenkette und angeblich linksradikalen Störern der Nazi-Demo aufbauten, kritisierte er vor allem die Parteipolitik von CDU und FDP. Auch Schriftsteller Schulze und Alt-Politiker Baum kritisierten den Gegensatz in Dresden. „Diese Kriminalisierung ist tödlich", warf Schulze der Stadt vor.

Das Publikum übte zum Teil lautstarke Kritik. Es sei ein Unding, dass aufgrund der Trennungsstrategie von Stadt und Polizei alle Gegenveranstaltungen konsequent verhindert würden. Vor allem für den 19. Februar habe die Stadt keinerlei Konzept oder Idee, warf Demuth dem Rathausvertreter vor. Symbolpolitik sei im Kampf gegen Rechts zu wenig. Auch die zahlreichen Wortmeldungen aus dem Publikum kritisierten, dass die Stadt zivilen Ungehorsam kriminalisiere und somit auch friedlichen Nazi-Gegnern keine Chance gebe, gegen den „braunen Sumpf" zu demonstrieren. „Blockierer sind keine Kriminellen", schallte es dem Ordnungsbürgermeister lautstark entgegen.

Der verzettelte sich schließlich beim Thema „Täterspuren". Dass der Mahngang des Bündnisses Dresden-Nazifrei nicht stattfinden darf, rief sowohl im Podium als auch beim Publikum lautstarken

Protest hervor. „Es ist nicht der Ort um das zu diskutieren“, ließ sich Sittel jedoch auf keinerlei Diskussion zu dem Thema ein. Selbst Gerhard Baum, der Sittel beim Thema Rechtsordnung und der juristischen Probleme von Blockaden noch beigesprungen war, fand hier kritische Worte. Dresden müsse sich selbst hinterfragen können, der Mahngang sei auch eine Möglichkeit die Vergangenheit aufzuarbeiten, da sich auch viele Dresdner in eine Opferrolle hineingesteigert hätten, die es gelte aufzulösen.

Dass der in Abwesenheit von Oberbürgermeisterin Helma Orosz amtierende Rathauschef den Begriff des Fackelzuges der Nazis am 13. Februar als „überbewertet“ bezeichnete, sorgte am Ende vollends für Kopfschütteln. Die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland habe das Recht, bei ihrem „Trauermarsch“ Fackeln zu tragen gegen den Willen der Stadt vor Gericht erstritten, die Bezeichnung Fackelmarsch sei laut Sittel aber eine unnötige Aufwertung.

SäZ 10.02.

Grüne fechten Auflagen an

Als erste klagen die Grünen seit gestern am Verwaltungsgericht Dresden gegen Auflagen der Stadt. Sie wollen nicht hinnehmen, dass das Rathaus ihre Mahnwache kurzerhand in die Hauptstraße auf der Neustädter Elbseite verlegt hat. Die Grünen hatten eine Versammlung vor der Trümmerfrau am Rathaus geplant und nun den abschlägigen Bescheid der Versammlungsbehörde erhalten. „Wir sind empört“, sagte Grünen-Sprecherin Christine Schickert. „Man kann nicht die Menschenkette genehmigen und eine Mahnwache am selben Ort verbieten.“ Wegen Sicherheitsbedenken gestattete die Stadt vielen Gruppen Aktionen in der Neustadt – nicht aber auf der Altstädter Seite. Dort werden die Nazis erwartet.

Konzept- und Fantasielosigkeit wirft Bürger.Courage der Führung von Stadt und Freistaat vor. Es gebe noch immer kein Konzept zur Bekämpfung rechtsextremer Aufmärsche. „Wie soll eine Menschenkette die Innenstadt vor Nazis schützen, wenn zu dem Zeitpunkt gar keine Nazis marschieren?“, fragt Vereinschef Christian Demuth. Die klare Symbolik von 2010 drohe nun zum Offenbarungseid der Landes- und Stadtpolitik zu werden.

Unterdessen hat gestern Smudo von den Fantastischen Vier dazu aufgerufen, sich an beiden Wochenenden in Dresden gegen Nazis zu engagieren, teilte der Deutsche Gewerkschaftsbund mit. (lex)

SäZ 10.02.

Ein Jurist, der nicht protestieren will

Von Peter Ufer

Der 13. Februar wird für Dresden zum Ernstfall. Doch der Ordnungsamtschef zieht sich auf Paragraphen zurück und empört das Publikum bei einer Podiumsdiskussion.

Detlef Sittel redete sich am Mittwochabend im Schauspielhaus in die Sackgasse. Dort kam er auch nicht mehr raus. Das Publikum war empört. Christian Demuth, Sprecher von Bürger.Courage sagte gestern dazu: „Die schlimmsten Befürchtungen haben sich bestätigt. Die Stadtspitze will den geplanten Fackelmarsch der Neonazis am Abend des 13. Februar tatsächlich hofieren, ohne ihm etwas entgegenzusetzen.“

Empörung eins: Sittel nimmt

politisch keine Stellung

Der Bürgermeister und der Chef der Bürgerinitiative saßen beim Forum der Wochenzeitung „Die Zeit“ nebeneinander, aber zusammen kamen sie nicht. Denn während Demuth immer wieder einforderte, die Stadtspitze sollte sich doch endlich mal klar gegen den Nazi-Aufmarsch am kommenden Sonntag und vor allem am 19. Februar positionieren, wich Detlef Sittel immer wieder aus. Er werde sich als Ordnungsbürgermeister keinesfalls politisch äußern. Der CDU-Politiker zog sich auf Paragrafen und Verordnungen zurück, zitierte Gesetze und sagte kein einziges Mal deutlich, dass er persönlich den Marsch der Nazis ablehne. Das tat er erst gestern auf Nachfrage gegenüber der Sächsischen Zeitung. Sittel: „Moralisch ist der Nazi-Aufmarsch natürlich zu verachten.“ Auf Nachfrage erklärte er auf dem Podium, ob ziviler Ungehorsam erlaubt sei: „Er ist nicht erlaubt, aber legitim.“

Doch da war es längst zu spät, denn sein öffentlicher Auftritt brachte ihm harte Kritik ein. Der Vorsitzende der Jusos, Benjamin Kümmig, sagte gestern: „Der Abend war eine schallende Ohrfeige für die Stadtspitze. Wenn Orosz und Sittel jetzt immer noch nicht verstanden haben, was in Dresden auf dem Spiel steht und einlenken, sind sie falsch in ihren Ämtern. Offenbar ist der Stadt eher daran gelegen, den Nazi-Aufmarsch durchzusetzen, als aktiv gegen diesen vorzugehen.“

Empörung Zwei: Nazis

dürfen mit Fackeln laufen

Im Schauspielhaus erklärt Detlef Sittel auf die Nachfrage aus dem Publikum, ob die Nazis am 13. Februar tatsächlich mit Fackeln durch die Stadt laufen: „Ich selbst sehe den Tag nicht als Anlass für einen Fackelumzug. Ich habe deshalb in dem Verfügungsbescheid dem Antragsteller mitgeteilt, dass nur drei Fackeln je hundert Teilnehmer zulässig sind.“ Das Publikum im Schauspielhaus schüttelt kollektiv die Köpfe. Judith Förster von der Aktion Dresden-nazifrei sagte gestern: „Wir müssen feststellen, dass die Stadt Dresden nicht gewillt ist, dem Nazi-Aufmarsch sichtbar und aktiv entgegenzutreten. Wir werden diese Ignoranz und diesen Stillstand nicht hinnehmen, sondern durch vielfältige kreative Aktionen den Nazi-Aufmarsch stören.“ Auch für den 19. Februar plant das Bündnis, Hunderte Busse mit Demonstranten nach Dresden zu bringen.

Empörung Drei: Protest

wird eingeschränkt

Für den 13. Februar plante der Landtagsabgeordnete der Linken, Falk Neubert, einen Weg durch Dresden, der den Täterspuren der Nazis in der Innenstadt folgen sollte. Christian Demuth von Bürger Courage wollte wissen, warum Sittel diese Aktion verboten habe. Der Bürgermeister antwortete: „Ich habe die Aktion nicht verboten, sondern Auflagen erteilt.“ Er müsse dem Trennungsverbot Folge leisten. Nazi-Aufmarsch und Gegenproteste dürften zur Sicherheit der Teilnehmer nicht aufeinandertreffen. Deshalb habe Sittel die Aktion Täterspuren von der Innenstadt auf die Hellerberge und den Schlesischen Platz verlegt. Das Verwaltungsgericht Dresden hat diese Auflagen gestern bestätigt.

Empörung vier: Sittel lässt

Dresdner im unklaren

Im vorigen Jahr stellte sich die Oberbürgermeisterin an die Spitze, um die Dresdner zu Gegendemonstrationen aufzurufen. In diesem Jahr tat sie dies gemeinsam mit dem TU-Rektor erneut, fiel aber durch Krankheit aus. Kurz vor dem Sonntag schweigt die Rathauspitze. Und auch Sittel

erneuerte an dem Abend den Aufruf nicht. Schriftsteller Ingo Schulze, der ebenfalls auf dem Podium mitdiskutierte, sagte: „Ohne zivilen Ungehorsam hätten wir heute immer noch die DDR. Nur es müssen eben möglichst viele ungehorsam sein.“